

Grün kämpft gegen grün

Einzelne Landschaftsschützer torpedieren zusammen mit der SVP das neue Energiegesetz. Umweltschützer reagieren irritiert.

VON JONAS SCHMID

Am neuen Energiegesetz entzündet sich ein Streit zwischen Landschafts- und Umweltschützern. Die vier grössten Schweizer Umweltorganisationen, Pro Natura, WWF, Greenpeace und Birdlife Schweiz, unterstützen die Vorlage von Energieministerin Doris Leuthard. Sie gewichten deren Vorteile für die Umwelt höher als die Nachteile. Nicht so Landschaftsschützer wie der einstige Direktor des Bundesamtes für Umwelt, Philippe Roche. Er ist das Aushängeschild eines Umweltkomitees, das sich gegen die Vorlage stemmt. Besonders die Windenergie ist dem Gremium ein Dorn im Auge: Mit dem neuen Energiegesetz könne der Bundesrat Windkraftwerke als national bedeutend erklären - auch in Schutzgebieten, so die Befürchtung. Das Gesetz gewichte die Produktion von Energie automatisch höher als Natur und Landschaft, auch wenn es sich um ein eigentlich geschütztes Gebiet handle. Die Möglichkeiten zur Einsprache von Anwohnern und Umweltverbänden würden eingeschränkt und Verfahren gekürzt, der Naturschutz massiv reduziert und weltbekannte Landschaften zerstört. Das Komitee kommt zum Schluss, dass künftig «rund 1000 Windräder» wertvolle Landschaften verschandeln.

Langwierige Verfahren

Tatsächlich haben die Windkraft-Gegner in der Vergangenheit erfolgreich agiert. An ihrem hartnäckigen Widerstand bissen sich Promoter die Zähne aus. Heute produzieren die wenigen Rotoren, die in der Schweiz drehen, 150 Gigawattstunden Strom - ganze 0,25 Prozent des Gesamtverbrauchs. Der grösste Park der Bernischen Kraftwerke (BKW) mit 16 Anlagen steht auf dem Mont Crosin im Berner Jura. Langwierige Planungs- und Gerichtsverfahren blockieren viele Projekte. Sie ziehen sich dermassen in die Länge, dass viele Promoter aus wirtschaftlichen Gründen aufgeben.

Mit dem neuen Energiegesetz schafft Leuthard gleich lange Spiesse: Neu wird neben dem Landschaftsschutz, dem Bau von Nationalstrassen und Hochspannungsleitungen auch die Produktion von erneuerbarer Energie als ein nationales Interesse aufgeführt. Nur: Faktisch findet deswegen keine Verschiebung zuungunsten der Landschaft statt. Schon 2006 urteilte das Bundesgericht, dass an der Produktion von erneuerbarer Energie ein öffentliches Interesse besteht.

Der neue Artikel sei zwar «dumm formuliert», findet Raimund Rodewald, Direktor der Stiftung Landschaftsschutz



Der Windpark auf der Walliser Seite des Nufenenpasses.

Keystone

Schweiz (SL). Trotzdem werde weiterhin jeder Einzelfall geprüft. «Wir haben die Zusicherung der Bundesrätin, der Kantone und der Windenergiebranche, dass in den Schutzgebieten von nationaler Bedeutung keine Anlagen gebaut werden», sagt der oberste Landschaftsschützer. Auch das Verbandsbeschwerderecht werde durch die Vorlage nicht geschwächt: «Promoter, die einen Windpark im nationalen Schutzgebiet realisieren wollen, ziehen wir vor Bundesgericht», droht er.

Kontrovers diskutiert

Im Stiftungsrat der SL wurde das Energiegesetz kontrovers diskutiert, Stiftungspräsident und FDP-Nationalrat Kurt Fluri etwa plädiert für ein Nein. Eine Mehrheit steht aber hinter der Vorlage, die die Energiewende bringt. Sie sei unumgänglich, findet Rodewald. Bei einem Nein würde das Gesetz im Parlament einfach eine zweite Runde drehen - zum Nachteil von Umwelt und Landschaft: «Diejenigen Kreise, die das Referendum lanciert haben, werden sich ganz sicher nicht für unsere Interessen einsetzen», vermutet Rodewald. Auch werden die nationalen Schutzgebiete nicht nur durch die Energiewende bedroht, sondern auch durch Tourismus und Kiesabbau. Schreiten diese Entwicklungen weiter voran, will Rodewald eine Volksinitiative lancieren. «Sie ist bereits ausformuliert», sagt er.

WWF-CEO Thomas Vellacott ist irritiert, dass sich Exponenten wie Philippe Roche «ausgerechnet von der SVP vor den Karren spannen lassen», nachdem die Partei im Parlament alles unternommen habe, um den Umweltschutz im Gesetz zu schwächen. In der Tat hat die grösste Partei etwa die Gleichrangigkeit von Landschaftsschutz und Nutzung erneuerbarer Energie im Gesetz durchgesetzt, kämpft nun aber mit umweltschützerischen Argumenten dagegen an. Neben der Abkehr von fossilen Energien, erkennt Vellacott im Gesetz weitere Fortschritte für die Umwelt: «Schädliche Kleinwasserkraftwerke, die wenig Energie produzieren, aber die letzten unbauten Flussläufe gefährden, werden neu nicht mehr gefördert», sagt er.

700 Anlagen wären nötig

Laut Marianne Zünd vom Bundesamt für Energie sieht das neue Gesetz keine konkreten Ausbauziele für die Windkraft vor. Es beinhaltet lediglich einen Richtwert, wonach bis 2035 eine durchschnittliche inländische Produktion von Elektrizität aus erneuerbaren Energien (ohne Wasserkraft) von 11 400 Gigawatt (GWh) angestrebt wird. Stimmen die politischen Rahmenbedingungen, schätzen Fachleute das Potenzial der Windenergie in der Schweiz auf 1700 GWh bis 2035 und 4200 GWh bis 2050. «Das sind aber nur theoretische Potenziale, kein vorgeschriebener Ausbaupfad», sagt Zünd. Dafür wären rund 700 Windenergieanlagen nötig.

DELEGIERTENVERSAMMLUNGEN

BDP und GLP einstimmig für die Energiestrategie

Die Bürgerlich-Demokratische Partei Schweiz (BDP) unterstützt die Energiestrategie 2050 ohne Vorbehalte. Ihre versammelten Delegierten haben am Samstag in Praten ohne Gegenstimme die Ja-Parole beschlossen. Das Volk stimmt am 21. Mai ab. Sie folgten damit den Ausführungen ihres Ständerats Werner Luginbühl. Dieser stellte die Energiestrategie 2050 als erstes Massnahmenpaket einer wirtschaftlich und ökologisch wichtigen Energiewende vor.

Im Vordergrund stünden insbesondere die Förderung erneuerbarer Energien sowie die Steigerung der Energieeffizienz, aber auch der geordnete Ausstieg aus der Atomenergie, heisst es in einer Mitteilung. Die Energiewende gehöre seit Jahren zu den strategischen Zielen der BDP.

Lösungen statt Populismus

An der Delegiertenversammlung präsentierte die in den vergangenen Jahren unter Druck geratene Partei ihren Kompass für das künftige Politisieren. Demnach steht die BDP «deutlich für bürgerlichen Fortschritt und grenzt sich mit einer klaren Lösungsorientierung von linkem und rechtem Populismus ab».

Auch die Grünliberalen beschlossen an ihrer Delegiertenversammlung einstimmig die Ja-Parole zur Energiestrategie 2050. Für mehr Kontroverse sorgte dagegen die Altersvorsorge 2020, für welche sich die Delegierten der Grünliberalen schliesslich mit 72 zu 40 Stimmen aussprachen. (SDA)

GFS-ANALYSE

Der Rechtsrutsch ist vorüber

Wären heute Nationalratswahlen, wäre die SVP im Vergleich zu den Wahlen in 2015 bei den Verlierern. Die Gewinner wären SP, Grüne und FDP. Dies geht aus einer Umfrage des Forschungsinstituts GFS hervor, die gestern in der «Tagesschau» von SRF vorgestellt wurde. Die aktuellen Parteienstärken wären gemäss GFS:

SVP	28,3 %	-1,1 %
SP	20,3 %	+1,5 %
FDP	17,3 %	+0,9 %
CVP	10,7 %	-0,9 %
GPS	8,8 %	+1,7 %
GLP	4,9 %	+0,3 %
BDP	3,0 %	-1,1 %

Die SVP habe vor zwei Jahren nur kurzzeitig von einem Parmelin-Effekt, profitiert, sagte Politologe Claude Longchamp. Die Niederlage bei der Durchsetzungsinitiative deutet er als «liberale Korrektur». Die SP habe dagegen erfolgreiche Oppositionspolitik betrieben, etwa mit dem USRIII-Referendum. Deshalb komme sie, verstärkt durch die Grünen, in den Genuss von einem «kleinen Linksrutsch». (FB)

INSERAT

Jubiläums-Vorteil
20.5%*
70 Jahre Jensen + 135 Jahre Pfister

JENSEN®
Designed for Sleep Comfort

Preisbeispiel
3259.-
STATT 4099.-

Jensen First Starterset
Z.B. 180 x 200 cm, 008.208.4

Jensen Wochen

20.4.-18.6.2017

- Jensen nirgends günstiger als bei Pfister
- Gratisentsorgung Ihres alten Bettinhaltes
- 6 Monate Probeschlafen
- 5-Sterne-Schlafberatung: Liegeanalyse Pfister Luna X-Sensor®

* 20.5% Vorteil auf das Jensen Sortiment gültig bis 18.6.2017. Nicht kumulierbar mit anderen Vergünstigungen, nicht gültig für Services und bereits erteilte Aufträge. Mit der myPfister Card profitieren Sie von zusätzlichen 2% Bonus.

pfister.ch/jensen